

# Nebrer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,10 RM — Durch die Post bezogen 1,20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kösteben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kösteben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Kösteben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektiert 20 Pf. Anzeigenannahme an Wochentagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostamt Nebra — Bantoreten Aetern.

Nr 17

Sonnabend, den 8. Februar 1930

43. Jahrgang

## Youngplan im Reichsrat angenommen.

Die „Vorteile“ des Neuen Plans.

→ Berlin, 6. Februar.

Die Vollziehung des Reichsrats beschloßte sich mit den Ergebnissen der Haager Konferenz. Der Generalberichtserichter, Ministerialdirektor Dr. Braß, stellte fest, daß der Durchschnittpunkt der Annuitäten nach dem Neuen Plan einschließlich der Zahlungen für die Vereinigten Staaten ohne die Damesanleihe für die ersten 37 Jahre 1922,7 Millionen (für die ganze Zeit 1907 Millionen) betrage, also mit der Damesanleihe etwas unter 2 Milliarden Mark.

Die Entlastung für 1929 betrage, wenn man die Zahlungen an Belgien und den einmaligen Beitrag für die Kommission berücksichtigt, 618,3 Millionen Mark, für 1930 665,1 Millionen Mark, und der Gegenwert der ganzen Reparations Schuld betrage sich auf rund 34 Milliarden Mark zu 5,5 Prozent. Diese Rechnung ist richtig. Man könne nicht statt dessen die Annuitäten einfach abbieren und sagen, daß unsere Schuld 100 Milliarden betrage. Die jetzige Bemessung der Gesamtsumme auf rund 34 Milliarden Gegenwert erinnert an das Angebot der Regierung Ferdinand Simonis im April 1921 in London, das auf 50 Milliarden Goldmark abging, der bisherige deutsche Vorkleistungen gegangen sei, wobei nach deutscher Rechnung eine Schuld von etwa 30 Milliarden Gegenwert übriggeblieben wäre. Die Jahreszahlungen seien wesentlich geringer als die, zu denen wir jetzt auf Grund des Londoner Abkommens von 1920 verpflichtet seien. Sollten wir den Neuen Vertrag ab, so ließe bis auf weiteres der alte in Kraft. Das sei der Kernpunkt. Mit der Annahme des Neuen Planes höre

die unerbittliche Finanzkontrolle

auf. Vier Gründe, und zwar erstens die sofortige Ermäßigung der Gesamtannuität um zunächst rund 700 Millionen, zweitens die Möglichkeit, bei weiterer ungenügender Wirtschaftsentwicklung neue Verhandlungen herbeizuführen, drittens die faktographischen wirtschaftlichen Folgen einer Abkehr, viertens der Fortfall der Finanzkontrolle, hätten die Ausschüsse veranlaßt, trotz der ungenügenden Gesamtsumme die Zustimmung zu dem Abkommen zu empfehlen. Die Ausschüsse hätten sich ferner davon überzeugt, daß nach dem Neuen Abkommen die Sanctionsanklage im Falle einer vertragsmäßigen Verzögerung der Sanierung der Länder und Gemeinden nicht mehr eine innere Sanierung der öffentlichen Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden getroffen sei.

Für die bayerische Staatsregierung bedauerte der bayerische Ministerpräsident Held,

daß im Ausnahmefall der bayerische Verfassungsantrag abgelehnt worden sei. Die Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden treibe eine Katastrophe zu. Ohne eine vorherige Sanierung sei es unmöglich, das Haager Abkommen zu erfüllen. Uebrigens sei das Abkommen wiederum auf der Kriegsschuldfrage aufgebaut. Eine Zustimmung zum Haager Abkommen wäre nicht zu verantworten, wenn nicht im gleichen Zeitpunkt wenigstens Vorbehalte für eine innere Sanierung der öffentlichen Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden getroffen sei.

Reichsaussenminister Dr. Curtius

wandte sich gegen die Bemerkung des Vorredners, daß das neue Abkommen auf der Kriegsschuldfrage aufgebaut sei. Dazu habe er zu erklären:

Ebenso habe die gegenwärtige Reichsregierung wie alle anderen Regierungen das Kriegsschuldverhältnis über den Vertrag hinaus erheben und werde alles daran setzen, um die Wahrheit aus Licht zu bringen; zweitens hätte die deutsche Reichsregierung niemals einen Vertrag unterzeichnet, der die Anerkennung dieses Kriegsschuldverhältnisses in sich geschlossen hätte.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

verwies auf seine letzte Reichstagsrede über die ernstlichen Bemühungen der Reichsregierung, die Sanierungsreform zu lancieren und eine durchgreifende Reichsfinanzreform vorzubereiten. Die Arbeiten seien so weit gefördert, daß heute das Reichsministerium sich mit seinen Vorarbeiten zum Haushalts 1930 beschäftigen werde. Ende nächster Woche werde er mit den Finanzministern der Länder beraten, vor allem über die Befreiung der Raftennote.

Die Abstimmung.

Bei der dann folgenden Abstimmung über das Haager Abkommen wurde der Neue Plan mit 48 gegen 6 Stimmen (Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen und Braunschweig) und bei 12 Enthaltungen (Sachsen und Niedersächs.-Schwerin) angenommen.

## Befreiung der Sanctionsbestimmungen.

Eine Stellungnahme der Reichsregierung.

→ Berlin, 7. Februar.

Ingefihrlich der gegenwärtigen Erörterungen über die Sanctionsfrage nimmt die Reichsregierung selbst zu der Haager Sanctionsverhandlungen in der

Denkschrift zu dem Gelegenheitsurteil über die Haager Konferenz

Stellung. In dieser Denkschrift wird u. a. ausgeführt: „Es handelt sich bei dem Haager Abkommen nicht um einen Vertrag, der einen bestimmten Fragenkomplex zum ersten Male regelt.“

Niemals war es die Aufgabe des Abkommens, eine in Kraft befindliche frühere Regelung zu ändern, die politische Sanctionsbestimmungen enthält.

Die im Haager Abkommen selbst und in dem ersten Teil der Erklärungen getroffenen Feststellungen enthielten noch eine Lücke, die, wenigstens vom prinzipiellen Standpunkt aus, bedenklich war. Es erobir sich nämlich die Frage, ob nicht die Gegenleistung eines Tages mit der Behauptung hervortreten könne, daß Deutschland sich durch sein ganzes Verhalten außerhalb des Neuen Planes gestellt habe, daß es sich infolgedessen nicht mehr auf

die besonderen Regeln und Verfahrensarten dieses Planes berufen könne und daß automatisch die früheren Vertragsbestimmungen wiederanleuten. Sollte das Sanctionsproblem von Grund aus gelöst werden, so müßte auch gegenüber einer solchen Möglichkeit Sicherungen geschaffen werden. Das konnte nicht anders gelassen als dadurch, daß die Voraussetzungen, unter denen man zurück zu einer Anwendung des ganzen Regimes des Neuen Planes sprechen dürfte, klar definiert wurden, daß ferner die Frage, ob diese Voraussetzungen vorliegen oder nicht, der Entscheidung einer unparteiischen Instanz übertragen wurde.“

Gemeinames Vorgehen der Mächte.

„Mitte man verlassen wollen, ausdrücklich festzustellen, daß die Gläubigermächte oder wenigstens die Hauptgläubigermächte von der Handlungsfreiheit nur gemeinsam Gebrauch machen dürfen. So hätte die Notwendigkeit gegeben, über die Herabsetzung der Lebervereinbarung und über den Fall der Währungsvereinbarung genauer Bestimmungen zu vereinbaren.“

Mit Bestimmungen solcher Art hätte man sich, wenigstens im Prinzip, doch nicht dem alten Sanctionsregime genähert.

Auch der Gedanke, die Anrufung des Gerichtshofes selbst nur der Gesamtheit der Gläubigermächte oder der Hauptgläubigermächte zu gestatten, ließ sich nicht verwirklichen. Einmal würde es auch bei einem Vertrage, an dem auf der einen Seite eine Mehrheit von Mächten beteiligt ist, nicht dem Willen eines internationalen Rechtsverfahrens entsprechen, die Entscheidung eines solchen Verfahrens an einer gemeinsamen Mehrheit dieser Mehrheit von Mächten zu binden. So ist auch die Anrufung des Schiedsgerichtes des Neuen Plans, wie in Ziffer 96 des Berichts der Sonderkommission ausdrücklich betont wird, einer einzelnen Gläubigermacht gehalten.

Wichtiger aber ist, daß eine Bindung der erwähnten Art nicht einmal dem deutschen Interesse entsprechen haben würde. Das nach dem Stichtag der Haager Konferenz gegessene Interventionsrecht jeder an den Vereinbarungen beteiligten Macht gibt die volle Möglichkeit, etwaige Verzögerungen in der Haltung der Gläubigermächte zur Auswirkung gelangen zu lassen.“

Annahme des Reichsantrags und des Reichsausschusses.

Im weiteren Verlauf der Reichstagsitzung wurde das Reichsantragsgesetz angenommen,

und zwar mit einem Antrag der Stadt Berlin, wonach Schuldverschreibungen inländischer kommunaler Körperschaften ebenso behandelt werden sollen wie die des Reiches oder die der Länder. Der Antrag Berlin wird mit 38 gegen 25 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Reichsaussenminister Dr. Curtius erklärt, daß sich die Reichsregierung in diesem Punkte eine Doppelvorlage vorbehalten hat. Das Reichsantragsgesetz wird dann mit der dazu beantragten Entscheidung in einfacher Abstimmung angenommen.

Ohne Aussprache wird dann auch das Reichsausschussgesetz angenommen, ebenso das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen.

Auch das Polenabkommen angenommen.

Freiherr von Gant erklärte, das deutsch-polnische Abkommen sei für die Vertreter des deutschen Ostens unannehmbar. Ueber dieses Abkommen sollte daher gelobdert abgestimmt werden.

Reichsfinanzminister Dr. Curtius betonte, für die Reichsregierung würde eine Ablehnung des deutsch-polnischen Abkommens unannehmbar sein.

Ein offener Antrag auf Streichung des deutsch-polnischen Abkommens aus dem Gesetz wird abgelehnt, und zwar mit 37 gegen 21 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Gegen das deutsch-polnische Abkommen stimmten Ostpreußen, Polen-Westpreußen, Brandenburg, Ober- und Nieder-Schlesien, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinprovinz, Bayern und Mecklenburg-Schwerin. Enthalten haben sich Württemberg, Thüringen, Bremen und Oldenburg.

Die unveränderte Liquidationsvorlage wurde mit 43 gegen 12 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

## In London: Die Schiffsfrage.

Amerikanisch-englische Verständigung.

→ London, 6. Februar.

Die Vereinigten Staaten und England sind übereingekommen, im Bau der Großkampfschiffe eine Pause von zehn Jahren eintreten zu lassen und die Zahl dieser Schiffe auf 15 zu begrenzen, unter der Voraussetzung, daß das Washingtoner Abkommen auf weitere fünf Jahre, bis Ende 1936, verlängert wird. Diese Verständigung soll auf der Konferenz erst bei Beratung der Schiffsfrage allen Beteiligten vorgelegt werden.

Der japanische Vertreter ist jedoch bereits verständig worden. Man erwarde, daß Japan eher bereit sein wird, sofort ein Kampfschiff zu streichen, als bis 1936 zu warten. Amerikaner und Engländer versuchen weiter eine Einschränkung der U-Boot-Waffe zu erreichen an Stelle der Abschaffung und, weil verlaunt, die Tonnage für die Klasse auf 100.000 Tonnen zu begrenzen, während Frankreich 124.000 Tonnen fordert.

Kritische Lage der Flottenkonferenz.

In den Berichten der Morgenblätter über die Verhandlungen der Flottenkonferenz wird jumeist nur der äußere Verlauf der Dinge mitgeteilt. Nur in einigen wenigen Ausnahmen wird an hellere Fragen gerührt. Der „Daily Herald“ stellt fest, daß sich zum ersten Male

eine neue Front abgezeichnet habe, bei der Frankreich und Italien gegen England und Amerika stünden, während sich Japan völlig neutral verhalte. Auf der anderen Seite glaubt der „Daily Herald“ sagen zu können, daß die Frage der französisch-italienischen Gleichheit nicht mehr so unlosbar erscheine wie bisher.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt sich im Gegensatz dazu, daß die Sitzung in völliger Verwirrung endete und einen roten Punkt der Konferenz nahegekommen sei. Nach dem Blatt wird aller Voraussicht nach weiterhin in dem nun langem beginnenden Kampf um Zahlen den Anfang machen und Versuche über einen festen Plan für die wirksamste Methode in dieser Hinsicht unterbreiten.

## Schober in Rom.

Oesterreich und Italien.

→ Rom, 6. Februar.

Der Empfang, den der österreichische Bundeskanzler Schober bei seiner Ankunft in Rom gefunden hat, war überraschend. Eine politische Demonstration. Italien steht in diesem Staatsbesuch des einst beherrschenden Nachbarlandes ein besonderes Kapitel seiner Außenpolitik.

Die Annäherung Italiens an Oesterreich hat im Haag ihren besten Ausdruck gefunden. Italien hat auf weitere Reparationsleistungen Oesterreichs im wesentlichen verzichtet. Das hat dem Wiener Kanzler den großen Erfolg eingetragen. Mit unbedingtem Eifer konnte es feierlich sein. Der Jubel, der ihm beim Empfang entgegenkam, zeigte die Freude Oesterreichs darüber, daß es die Kriegsschulden nun so gut wie losgerorden ist.

Die Antwort Oesterreichs ist der Staatsbesuch Schobers in Rom.

Gewiß, dieser Besuch war längst geplant. Ebenso wie die Reise nach Berlin. Aber daß die Romreise sich unmittelbar der Haager Konferenz anschloß, ist ein symbolischer Akt für sich. Die Ziele, die Italien dabei im Auge hat, sind greifbar. Die italienische Außenpolitik ist seit langem darauf bedacht, ein französisches und bündnislos nach allen Seiten hin auszuweichen, um das Gleichgewicht in Südwesteuropa zu Gunsten Italiens herbeizuführen.

Italiens Spitze richtet sich in allen diesen Punkten immer wieder gegen die kleine Entente, gegen Belgien und Prag, damit gegen Paris. Oesterreich ist darum durchaus willkommen, wenn es, ohne sich allzu stark zu binden, zum mindesten gute Beziehungen zu Rom knüpfen und zu seinen Freunden ziehen. Die in letzter Zeit sehr bemerkbare Annäherung zwischen Wien und Budapest wird darum in Rom nur begrüßt.

Oesterreich kann nur eine Politik des Ausgleichs und des guten Einvernehmens nach allen Seiten hin treiben und gerade wer in Deutschland die immer engere Verbindung des Bundesvolkes mit dem Reich wünscht, wird es begrüßen, wenn dieses Oesterreich sich wieder eine Stellung zu erörtern vermag, die einen wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau und Wiederaufstieg ermöglichen kann. Neutralität in freundschaftlichem Geiste schließt je die engere Verbindung zwischen Wien und Berlin nicht aus.

Zwischen Wien und Rom liegt Bozen, Südtirol. Wenn die Verhandlungen aus Wien zutreffen, will Schober mit aller Vorliebe, aber doch mit gebotener Deutlichkeit darauf aufmerksam machen, daß für die Entwidlung der österreichisch-italienischen Freundschaft die Stellung Italiens zu Südtirol nicht gleichgültig ist.

Nichtgleich, das es möglich ist, einen Modus zu finden, der Italiens nun einmal gegebene Forderungen unter den gewordenen Verhältnissen liefert, daß aber dafür das

deutsche Volk in Sibirien seine Kultur wieder in seiner Art pflegen darf. Wenn Schöberl Kontrakte gerade wieder eine Entwicklung zum Besseren anbahnen kann, dann würde dieser Staatsbesuch aus seine Bedeutung für Recht und Frieden in Sibirien haben.

### Regierungsarbeit in Spanien.

Weitgeschriebte politische Unruhe.

V. Madrid, 7. Februar. Das neue spanische Kabinett geht lebhaft an die Arbeit, seine Stellung zu festigen und die Basis zu verbreitern, von der aus der Weg zu der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Verhältnisse beschritten werden soll. Die Ergänzung des Kabinetts ist noch nicht abgeschlossen, aber Präsidenten in der kommenden Woche dürfte der Setzung von Alca aus dem Kultusministerium, das er vorläufig übernommen hatte, in das Außenministerium hinüberzuweichen und ein neuer Kultusminister bestellt werden, und damit ist das Kabinett dann vollständig.

Die von dem neuen Ministerpräsidenten angeregte Unruhe für politische Bezüge ist inzwischen von dem König verstanden worden und erstreckt sich auf eine große Anzahl von Militär- und Zivilpersonen; auch die Wiedereröffnung der von Primo genutzten Hochschullehrer nimmt ihren Fortgang. Dagegen hält die neue Regierung die Fortdauer der Besetzung der lehrerämter nicht für erforderlich, hat sich aber durch gewisse Willkürungen der Besetzung. In der Verwaltung sind durchgreifende Veränderungen im Gange, die damit beginnen, daß von den Zivilgouverneuren, die unter Primo amtierten und die grundsätzlich ihre Aemter zur Verfügung gestellt hatten, fast die Hälfte entlassen worden sind.

### Russisches Wirtschaftsrecht.

Ein Schlag gegen die ausländischen Konzeptionen.

Moskau, 7. Februar. Die Sowjetregierung gibt bekannt, daß sie zu ihrem Bedauern gezwungen sei, die österreichische Konzeption „Dit“ aufzulösen. Die Konzeption habe bisher ihre Verpflichtungen gegenüber dem sowjetischen Staat nicht erfüllt, und ihre Politik entspreche nicht mehr den Interessen der Sowjetunion.

Die russische Regierung habe die Direktion von der Kündigung des Konzeptionsvertrages verständigt. Sie jetzt seien aber die Kündigungsbedingungen von der Konzeption nicht erfüllt worden. Die russische Regierung habe gegenüber diesem Konzeptionsunternehmen große Gebuld geübt und verhandelt, den Konflikt friedlich beizulegen.

Nachdem alle russischen Beschlüsse abgelehnt worden seien, habe die Sowjetregierung folgenlos beschlossen: 1. die gesamte Konzeption mit Maschinen und anderen Fabrikationsanlagen wird sofort von der Sowjetregierung beschlagnahmt, 2. die fertiggelieferten der Konzeption, die Gebel und die Stoffe werden dem Konzeptionär kostenlos ausgeliefert. Die Beschlüsse der Sowjetregierung treten sofort in Kraft.

Mit der Auflösung dieser Konzeption wird ein Schlag gegen die gesamte Konzeptionspolitik geführt. Von untergeordneter Seite wird mitgeteilt, daß die Sowjetregierung nicht berechtigt gewesen sei, die Industrieanlagen der Konzeption zu beschlagnahmen.

### Schleier Aufstakt zum Amtsantritt.

Aktentat auf den mexikanischen Präsidenten.

Mexiko-Stadt, 7. Februar. Als der neue Präsident von Mexiko, Ortiz Rubio, nach der Amtseinführung den Regierungsschwur geleistet, hat ein junger Student, Miguel Flores, sechs Revolverkugeln auf ihn ab, deren einer den Präsidenten am linken Leiste verrietete. Auch seine Frau und seine Nichte, des Weirers der Chauffeur seines Wagens wurden leicht verwundet.

Der Präsident hatte sich nach der Amtseinführung nach dem Nationalpalast begeben, wo er einige dringende Staatsgeschäfte durchzuführen hatte. Nach deren Beilegung verließ er den Palast, um sich nach Hause zu begeben. Seine Begleiter hatten gerade das Auto bestiegen, als ein gut angelegener Mann der Mittelklasse sechs Schüsse auf die Insassen des Wagens abfeuerte. Der Präsident wurde durch eine Kugel am Bein leicht verletzt, seine Frau wurde am Ohr getroffen, die Nichte des Präsidenten an der Schulter und der Chauffeur gleichfalls an der Schulter. Ein unbeteiligter Fußgänger wurde durch einen anderen Schuß schwer verwundet. Die Kugel, die den Präsidenten traf, ist inzwischen entfernt worden. Es besteht keinerlei Gefahr für sein Leben. Der Attentäter wurde verhaftet.

Die Behauptung, daß das Attentat auf Veranlassung des unterlegenen Präsidentenstandes Besseres, ist in der Vereinigten Staaten weit und angeht nach der Erinnerung eines Genossen die Herrschaft an sich zeigen wollte, verübt wurde, findet bisher keine Bestätigung.

### Aus dem In- und Auslande.

Sadelt in Berlin eingetroffen.

Berlin, 7. Februar. Der neue amerikanische Botschafter Sadelt ist mit seiner Gattin in Berlin eingetroffen. Er wurde von den Mitgliedern der amerikanischen Botschaft und Graf Lattenbach im Namen der Reichsregierung empfangen. Zur Begrüßung war außerdem der Reparationsminister Pariser Gilbert erschienen. Der Botschafter begab sich ins Hotel Esplanade, wo er vorläufig wohnen wird.

Ein Antrag auf Herabsetzung der Beamtengehälter in Sachsen.

Dresden, 7. Februar. Die Fraktion des sächsischen Landtags hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung in Sächsen der missigen Lage der Staats- und Gemeindefinanzen zu erkennen, dem Landtag unermüßlich eine Vorlage zuzuleiten, durch die die Gehälter der Staatsbeamten um fünf v. G. gekürzt werden, und entsprechend auf die Gemeinden einzuzahlen.“

### Belgien und Anhalt.

Brüssel, 7. Februar. In einer Ansprache über den Auswärtigen Staatssekretärs erklärte Minister Symans auf eine Anfrage Andererseits, daß die belgische Regierung nicht die Absicht habe, die diplomatischen Beziehungen mit Anhalt wieder aufzunehmen. Man wünsche nicht, daß Belgien ein kommunistischer und revolutionärer Sammelplatz werde. Der Minister erinnerte an die früher zwi-

schen Belgien und Anhalt geführten Verhandlungen um Wiederannahme der diplomatischen Beziehungen, die bisher gescheitert seien, daß Anhalt eine de jure-Anerkennung gelehrt habe und dann erst Verhandlungen über wirtschaftliche Beziehungen habe anknüpfen wollen. Der Minister sagte Anhalt an, nicht an dem Friedenswert mitarbeiten zu wollen.

### Ein deutschnationaler Stadtrat nicht bestätigt.

Kottbus, 7. Februar. Stadtrat Sad, der der Deutschnationalen Volkspartei angehört, ist vom Regierungspräsidenten in Frankfurt a. d. N. nicht bestätigt worden. In der Begründung heißt es, Sad habe sich für das Volksgesetz eingelegt.

### Verbannung der lutherischen Pfarrer Venningens.

Kiga, 7. Februar. Wie hier aus glaubwürdiger Quelle verlautet, sind in Venningdorf sämtliche lutherischen Pfarrer mit Ausnahme eines einzigen nach dem entlegenen Gebirgslands verbannt worden. Am nächsten traf das Schicksal den Pfarrer Kalmgren, der zur Verbannung nach dem benachbarten Straßlager Solank auf den Inseln des Weißen Meeres verurteilt wurde. Außerdem wurden zwölf Löhner des verstorbenen Pfarrers freigelegt getötet nach Sibirien verbannt. Die Nachricht ist hier größte Enttäuschung aus.

### Der historische Sommer der Päpste.

Nom, 7. Februar. Zwischen Vatikan und Quirinai wurde der Vertrag unterzeichnet, auf Grund dessen die Villa Barberini in Gestalt Sandstille bei Rom, die bis 1870 als Sommerhof der Päpste gedient hat, wieder in den Besitz des heiligen Stuhles übergeht, wie dies in den Lateranverträgen vorgesehen ist. Es besteht also die Möglichkeit, daß Papst Pius XI. im nächsten Jahre diesen historischen Sommer der Päpste wieder aufsuchen wird.

### Standal der polnischen Telegraphenagentur Pa.

Warschau, 7. Februar. In der Sitzung des Sejms kamen die Verhandlungen gegen die partielle Verstaatlichung der polnischen Telegraphenagentur Pa. zur Sprache. Der Sejmpräsident Dacynski verlas ein Schreiben des Ministerpräsidenten Bariel, in dem letzterer erklärt, daß er die Agentur Pa. gleich nach seinem Amtsantritt angewiesen habe, die Parlamentsberichterstattung in jeder Hinsicht unparteiisch zu handhaben. Der Sejmpräsident fügte hinzu, daß der Sejm die Agentur Pa. partiell und einseitig behandelt werde. Dieser Zustand wachse sich zu einem Standal aus.

### Kleine politische Meinungen.

General Miller zum Anstößer des verschwundenen Rutenpommern. An Stelle des seit zehn Tagen verschwundenen Generals Rutenpommern wurde General Miller, der bisher stellvertretende Kommandant der Besatzung ehemaliger russischer Offiziere in Frankreich ernannt.

Ein neues sinesisch-japanisches Tarifabkommen. Der japanische Gesandte in Peking und der sinesische Finanzminister unterzeichneten ein neues sinesisch-japanisches Tarifabkommen. Japan erkennt in dem Abkommen die Tarifhoheit Chinas an und erhält keine Einmischung gegen Goldwahrungen. Der Sinesen-Diszonting auf 45 Prozent ermäßigt. In der Diszonting auf den Bank von England wurde beschlossen, den Diszonting um 0,5 Prozent auf 4,5 Prozent zu ermäßigen.

### Aus der Umgegend.

Nebr, 8. Februar.

— Grofzeuer. Am Mittwoch abend kurz vor 5 Uhr bemerkten Anwohner der Breitenstraße, daß aus dem westlich gelegenen Teile des Gutshofes Rauch aufsteige. Bei Nachforschungen nach dem Brandherd wurde man sofort, daß ein unter dem Torweg zum sog. Kuhstall stehendes Strohsäcker glimmte. Bald schlugen auch die Flammen hoch und sprangen über durch die offenkundigen Dachlücken nach dem mit ca. 4000 Zentnern Stroh und Heu angefüllten Obergeschloß des Kuhstalls. Die sofort alarmierte Feuerwehr war in kürzester Zeit am Ziele, doch war der Brand auf dem Dachgeschloß des Kuhstalls in der kurzen Zeit schon berat fortgeschritten, daß eine Gegenwehr von vornherein mißlos erschien. Die Wehr sah mit Recht zu allererst ihre Hauptaufgabe in der Rettung der benachbarten hartbedrohten Gebäude. Da seitens der Guts- und Stadterwaltung Vorbereitungen nur unzureichend erdeten war, trafen in kürzester Zeit nachher mehrere Wehrer ein, um allem die Gutsvorber freiwillige Feuerwehr mit ihrer Motorpumpe. Diese letzte ihre Schlankeitung nach dem Oberloch und in wenigen Minuten begann ein tosender Kampf zwischen den zwei sich feindlichen Elementen, bei dem das Wasser bald die Oberhand erlangte. Weiter angeforderte Beschlüsse in Raumburg und Emma konnte nun abbestellt werden. Zwölf Wehren aus der Umgegend waren am Brandherd versammelt, aber es brannten nur die Nebrer und die Garsdorfer Wehr tätig eingegriffen. Gegen 7 Uhr, also nach zweistündigem Kampf, war die größte Gefahr beseitigt und auch die Garsdorfer Wehr, die hier ihrer Motorpumpe die Feuerzange gegeben, konnte, stolz bewußt ihres Sieges, vom Brandplatz abziehen. Nur die Nebrer Wehr blieb auf ihrem immer noch verantwortungsvollen Posten. Gern würde sich mancher der abgearbeiteten Wehrleute ein Wehliche Entlohnung gönnen haben, wenn Erfolg für ihn aus der übergroßen Hilfe der mühsigen Fußgänger angetreten wäre, aber das war leider nicht zu erlangen, so zu hielt die Wehr vollständig bis zur Erschöpfung geübt an. Der im unteren Teil des Gehobens des Gebäudes untergebracht Wehrstand konnte ohne Schaden zu nehmen abtransportiert werden, dieser Teil des Brandherdes hat an wenig gelitten, weil das starke Gemälde der Stallungen sich als feuerfester erweist, ja es konnte nicht, obwohl die Stroh- und Alferische oben noch hart qualmen, das Weh unter wieder einquartiert werden. Daß der gewaltige Brand, die hohe feuerliche große Aufregung in der Stadt und in der Umgebung hervorrief, ist wohl erklärlich und namentlich die Bewohner der dem Brandherd benachbarten Dörfern in der Breitenstraße haben recht lange Stunden hinter sich. Unser Wehr, hier bei wohl mit äußerster Danksorg, geführt wärmster Dank, haben doch einzelne Wehrmänner welchen Heilens mitbewiesen. Niemand will ihnen dieser Opfer und Wehsten vergessen. Der Kampf um die Erhaltung des Gutshofes wird immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Nebrer Feuerwehr bilden. Wie ist nun das Feuer entstanden? Niemand weiß es zu sagen, auch ein Verdacht läßt sich nicht ansprechen. Von früh bis abends haben einige Geschäfte des Gutes Stroh von einem im Felde stehenden Dienen mit dem Gutshofe beauftragt und kurze Zeit nach dem Abpumpen in Flammen lagerten. Weiter weiß man nichts. Zum Glück war während des Brandes völlige Windstille, die Flammen litzen ferngerade zum Himmel auf und ermöglichten so den schwierigen Schut der Nachbargrundstücke.

### — Dringliche öffentliche Stadterordnungsver-

— Dringliche öffentliche Stadterordnungsver-

— Dringliche öffentliche Stadterordnungsver-

— Dringliche öffentliche Stadterordnungsver-

— Dringliche öffentliche Stadterordnungsver-

— Dringliche öffentliche Stadterordnungsver-

— Dringliche öffentliche Stadterordnungsver-

— Dringliche öffentliche Stadterordnungsver-

— Dringliche öffentliche Stadterordnungsver-

— Dringliche öffentliche Stadterordnungsver-

— Dringliche öffentliche Stadterordnungsver-

— Dringliche öffentliche Stadterordnungsver-

**Warnung vor Darlehensangeboten.** In letzter Zeit erscheinen in den Tageszeitungen vielfach Darlehensangebote, nach deren Vorlaut der Aufgeber des betreffenden Darlehens gleichzeitig auf den Gelbgeber zu sein scheint. Inzwischen lassen die Hinweise in diesen Inseraten, wie sein Vermittler keine Provision zahle, diesen Schein auch auf diese Weise wird der Aufgeber, dem der Gelbgebende mittelbar mit dem Gelbgeber in Verbindung treten und so auf dem kürzesten und einfachsten Wege und ohne Zahlung von Vermittlungsgebühren usw. zum Ziele gelangen können. In Wirklichkeit sind die Aufgeber solcher Angebote nichts weiter als Inseratenhändler für sogenannte „Finanzblättchen“, die Anzeigen (sowohl von Gelbgebern als auch von Gelbnehmenden) aufnehmen, um auf dieser Weise eine „Annäherung“ beider Teile zu ermöglichen. Während einige Unternehmen der vorstehenden Art von ihren Auftraggebern 50 Prozent der Inseratengebühren als Vorzahlung und sieben Kosten erst dann ein, wenn ein Angebot eingegangen ist oder wenn eine „Annäherung“ zwischen Gelbnehmenden und Gelbgebern herbeigeführt worden ist, solche Angebote gehen auch stets ein. Sie beinhalten aber ausschließlich in Zeitungsangeboten kleines Mittelgelingen, die ihre Geschäftskarten bei den Herausgebern der Finanzblätter hinterlegen. Diese verpacken dann die bereits bereitgestellten Geschäftskarten in einzelne Umschläge und senden sie den Angelegenen unter Angabe der Namen der Gelbgeber als Inseraten für die entsprechenden Angebote zu. In ähnlicher Weise kann auch eine leichtere „Annäherung“ zwischen Gelbnehmenden und Gelbgebern herbeigeführt werden, die den Gelbnehmenden zwar zur Begleichung des Inserates verpflichtet, ihn aber noch lange nicht zu dem gelüpften Geldbetrag verpflichtet. Es muß daher vor solchen Unternehmen immer wieder gewarnt werden. Personen, die auf diese Weise getäuscht oder geschädigt worden sind, werden gebeten, Anzeige bei der Kriminalabteilung zu erstatten.

**Arbeiten.** (Oberbau.) Bei Ausschachtungsarbeiten für die Erweiterung der Warmwasserleitung in der diesem Klosterstraße wurden unter der Leitung des Bauinspektors Götter die vorhin genannten Arbeiten, die hauptsächlich aus dem 16. oder 17. Jahrhundert stammen. Man ist z. B. noch mit der Freilegung der Straße beschäftigt.

**Duerfurt.** Nach einer Pause von 4 Monaten ist die Gasfernstellung von Halle nach Duerfurt in Betrieb gekommen worden. Die Leitung führt von Halle über Nietleben, Zeussdorf, Wankleben, Ansdorf nach Oberhain. Von hier zweigt die südliche Linie ab und führt nach Schraplau, Stedden und Duerfurt. Die nördliche Linie geht über Erxleben und Heffa nach Gisleben. Duerfurt und Gisleben beziehen sich jetzt Gas, während die Ortschaften der kleineren Orte erst bemächtigt aufgebaut sein werden, daß mit der Gaslieferung begonnen werden kann. Das Gas wird vom Gaswerk Gölitz geliefert.

**Sangerhausen.** Einbruch während des Tanzergnügens. In Tilleda (Kreis Sangerhausen) drangen Diebe während eines Tanzergnügens in das Schlafzimmer des Wirtes ein, nachdem sie die Fensterhölzer eingestrichelt hatten. Es fiel ihnen eine Kassetten mit 1500 Mark Bargeld in die Hände. Die Diebe konnten nach dem Aufbruch entkommen.

**Merseburg.** Innenministerium und Eingemeindungsfragen. Am 11. Februar wird in Merseburg eine Kommission des Innenministeriums unter Führung des Ministerialrats Dr. von Seibitz einberufen. Die Kommission wird die Eingemeindungsfrage durch das Wirtschaftsgebiet Merseburg-Deuna-Gießetal übernehmen. Dieser Bescheid soll im Zusammenhang mit der Eingemeindungsfrage und Umgemeindungsfrage im Merseburger Wirtschaftsgebiet stehen.

**Merseburg.** Wohnbau 318000 S. Die Stadt Merseburg hat als erste Rate den Betrag von rund 210000 M. an die Reichsbahn abgeliefert. Sie muß insgesamt 1240000 M. als verzinsliche Darlehen an die Reichsbahn geben. Man rechnet für den Monat März mit dem ersten Spatenstich an dem lange verordneten Werke.

**Halle.** Die Millionenerbentagen. In Halle fand eine Versammlung der Anwärter der holländischen Brand-Gesellschaft statt. Die Delegation, die in Amsterdam Verhandlungen mit der niederländischen Regierung geführt hat, erbatte Bericht über ihren Erfolg. Sie erklärte, der Abschluß der Abmachungen mit Holland sei noch in diesem Frühjahr zu erwarten. Die Versammlung war von Erben aus allen Teilen Deutschlands besucht.

**Erfurt.** (Lehrer als Rentner.) Die Erfurter Regierung verlangt von den ihr unterstellten Lehrern die allgemeine Erklärung, daß Angaben sämtlicher Nebeneinkünfte für die Gewerbesteuer. Die Durchführung dieser Erklärung hätte den ländlichen Berufstätigen großen Schwierigkeiten gebracht. Den vorliegenden Bemerkungen der Gewerkschaften und der ihnen nachstehenden Organisationsformen ist eine Aufhebung der Erklärung durchzusetzen, so daß die Lehrer vorläufig weiterhin als Rentner tätig sein dürfen.

**Sondershausen.** Bergmannsdorf. Auf der Schachtanlage I der Gewerkschaft „Gildau“ bei Sondershausen geriet der Fördermann Erich Willemann aus Weidobach zwischen zwei Wagen. Er erlitt schwere Querschnitts- und Wirbelsäulenverletzungen und wurde in den Transport zum Krankenhaus.

**Sterzelien.** Zwischen Pörsch und Wetzlar. Auf dem Pörschener Bergwerk ist in der Frühzeit der Vorkommnisse Herrmann Kirschner aus Sterzelien. Kirschner geriet zwischen einem im Abrollen befindlichen Lastwagen und einer Wetzlar, wobei er sich einen komplizierten Beinbruch zuzog. Der Verletzte wurde sofort ins Kreisphysikalkrankenhaus Selters gebracht.

**Witten.** Kreis Zeitz. Fiebererkrankung. In Witten, der sich als 12. März an einer Grippe ausbrach und Temperaturen in der Wohnung auswirkte, zum Opfer gefallen. Für die Arbeit erhielt er in jedem Falle 650 Mark, doch die Ähren gehen noch nicht. In einigen Fällen hatte er auch die Ähren mitgenommen, jedoch bis heute nicht wieder zurückbekommen. Da der Schwere schon am 20. Dezember im höchsten Grade tätig war, dürften die Leiharbeiter anzuregen werden.

**Waltershausen.** Kreis Schwaga. Tragischer Tod. Auf tragische Weise zu Tode gekommen ist der Arbeiter Christian Kaiser von hier. Er war als Hilfsarbeiter im Walde beschäftigt, als dort sich im Laufe eines Tages beim Mittagessen ein kleiner Knochen splitter im Hals stecken, der sich nicht entfernen ließ. Kaiser arbeitete zunächst weiter, bis ihn heftige Schmerzen einstellten. Der Arzt konnte den Splitter nicht finden, und Kaiser mußte ins Schwäger Krankenhaus eingeliefert werden, wo er trotz sofortiger Operation gestorben ist.

**Egeln.** Erdbeben. Ueberfall. Abends wurde Oberlandjäger Noth mit der Meldung alarmiert, daß gegen 19 Uhr der 20jährige Arbeiter G. aus Egelborn auf der Chaussee Egeln-Halsleben, in der Nähe der Feldscheune des Domäne, von der Unbekannten überfallen sei. Vollständig nackt habe er dann mit seinem Rade nach Hause fahren können. Auf die Nachricht hin ging Oberlandjäger N. mit dem Landjägermeister Kortmann sofort an die Auffassung des angeblichen Ueberfalls. Doch bald stellen die Beamten die Angaben als schwach ein, und es ließe sich dem G. der während im Bett lag, energisch zu Wehre rücken, da es für kleinlaut den Bluff zu. Der Grund zu diesem erdichteten Ueberfall war der: G. hatte sich bei einem Schäferhündchen in Egeln verpaßt und die Nacht schlief verstimmt. Um nun einen Demotometer zu Hause zu entgegen, mußte der Ueberfall erdichtet werden. Doch einmal mußte G. den Weg zurückmachen und wenigstens seine Kleidungsstücke, die im Chausseegraben verstreut lagen, nach Hause holen.

**Halle.** Vom eigenen Führerwert überfahren. Schwer verunglückt ist beim Abfahren von Lannenberg unterhalb der Georgsbrücke der Fuhrwerksbesitzer M. a. m. e. aus Friedhofsdorf. M., der auf dem stark abfalligen Wege neben seinem Gespann einherging, kam bei der Glätte zu Fall, geriet unter das beladene Fuhrwerk und wurde überfahren. Die Pferde setzten lächerlos weiter.

**Waltersburg.** Verlegung der Harzbahn. Die Verlegung der Harzbahn Waltersburg-Rübeland über Gattendorf-Wiederode wird nunmehr als definitiv angenommen. Den Bewohnern Waltersburgs wird die Veränderung durch den Fortfall der Stationen „Wendling“ und „Walt-Mischelstein“ weniger Freude machen, indessen bieten sich aber für die Bewohner des Orlaer Gebietes erhebliche Vorteile. Vor allem ist die Erreichung des Profens von der Station Hüttenrode in 4 bis 5 Stunden möglich.

**Somm.** Das fehlende Schlupflüßchen. Ein Oberländer fuhr abends nach eingetretener Dunkelheit auf der Nachterstraße nach Hause mit seinem Motorrad auf ein mit Kaugummi beladenes Fuhrwerk aus Gattendorf. Der Fahrer wurde auf die Straße geschleudert und mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Eine auf dem Weg mitfahrende Frau blieb unverletzt. Der Anprall war mit solcher Heftigkeit erfolgt, daß das Motorrad später aus dem Holz, in das es sich verteilte hatte, herausgeholt werden mußte. Die Schuld an dem Unfall dürfte dem fuhrmann zuzurechnen sein, der an den weit überhöhten Zeiten seiner Polizeibahn kein Schlupflüßchen angebracht hatte.

### Aus Nah und Fern.

**Hamburg.** Die Anrufer der letzten Zeit vor der Rüge. In der Sitzung der hamburgischen Bürgerschaft vom 27. Januar wurde der Antrag der Kommunisten zu einer lebhaften Ausdrucksweise über die Krawalle der letzten Woche. Ein sozialdemokratischer Redner machte dabei die aufsehenerregende Mitteilung, daß die kommunistische Partei den Verwandten des bei den Kundgebungen erschollenen Verhängnis mehrere tausend Mark für die Herausgabe der Leiche geboten habe, um sie auf Kosten der Partei beerdigen lassen zu können. Dieser Feststellung, die der Polizeigenrat auf Grund amtlicher Vernehmungen bestätigte, wurde von den Kommunisten unter großem Lärm widerprochen.

**Riel.** Dampfer „Emiland“ hinterlegt 530000 Mark. Der deutsche Dampfer „Emiland“ hatte bei der Zerstörung des Dampfers „Rosa Waer“ im Kaiser-Wilhelm-Kanal bei Brunsbüttellose genommen. Die „Emiland“ hat für den angerichteten Schaden nunmehr 17 000 englische Pfund, also rund 350 000 Mark hinterlegt. Der deutsche Dampfer wird unter Hilfeleistung von Hochseehelfern von Brunsbüttellose nach Riel gebracht werden. Ein Teil der Leiche wird in der Reparatur erhalten. Der Dampfer „Emiland“ war nach Verbesserung seiner Schäden bereits nach Deloelund in See gegangen, hatte aber unterwegs Kesselrisse erlitten und ist infolgedessen nach Riel zur Vornahme einer weiteren Reparatur zurückgekehrt.

**Meinhold.** Ein kommunistischer Katalator verhaftet. Ein kommunistischer Redakteur des Meinhold verurteilte auf dem Markt der Kommunisten eine Kundgebung der kommunistischen Partei zu veranstalten. Die Polizei verhaftete den Redakteur. Zwei Kommunisten, die den Redakteur befreien wollten, wurden ebenfalls festgenommen.

**Hauen i. S.** Schwere Zusammenstöße. Die Kommunisten und Erwerbslosen hatten eine Versammlung nach dem Altmatt einberufen, die unter freiem Himmel stattfand und zahlreich besucht war. Es wurde beschloffen, vor das Rathaus zu ziehen und den Einigungsverhandlungen zwischen Kat und Stadtvorständen über die von den Kommunisten eingebrachten Erwerbslosenentwürfe Nachdruck zu verleihen. Der Zugang zum Rathaus war gesperrt. Bei dem Vorgehen gegen die polizeiliche Kette benutzten die Aufreißer Faustkugeln und warfen mit Steinen gegen die Polizei. Die Polizei mußte zum Gummiknüppel Gebrauch machen. Es erfolgten 15 Verhaftungen.

### Wechsel im Regierungspräsidium Magdeburg.

Regierungspräsident Bohmann erreicht in diesem Jahre die Altersgrenze und wird daher spätestens am 1. Oktober aus seinem Amte scheiden. Die Frage seiner Nachfolgerschaft ist noch nicht gelöst. Regierungspräsident Bohmann vertritt die Magdeburger Regierung seit über 10 Jahren, bis er am 6. Januar 1920 in sein Amt eingetreten wurde. Er war vor der Übernahme der Geschäfte eines Regierungspräsidenten Oberbürgermeister von Kattowitz und zugleich auch Mitglied der Nationalversammlung. Vom Jahre 1919 bis 1924 gehörte er als Mitglied dem Preussischen Landtag an.

### Der Elbe - Spree - Oder - Kanal zurückgestellt.

Kranfurt (Oder), 7. Februar. Die Kanalbauhoffnungen der Ostmark werden jetzt ebenso wieder enttäuscht, wie die Hoffnungen auf Vorkommen. Das Reichsverkehrsministerium hat erklärt, daß vorläufig nur der Mittellandkanal weitergeführt werden könne und daß die übrigen Pläne solange zurückgestellt werden müssen, bis die finanzielle

lage des Reichs sich mehr geklärt habe. Auch der Bau eines Verbindung der Oder mit der Elbe durch das Industriegebiet der Niederlausitz wird vorläufig nicht angeführt werden. Von den übrigen Kanalbauplänen kommt für spätere Zeiten vielleicht noch der Kanalbau in Frage, dessen Notwendigkeit anerkannt worden ist.

### Kleine Chronik.

**Schwere Bluttat bei Ring.** In Bobendorf wurden bei Landwirt Johann Peterel und seine Frau Johanna in ihrer Wohnung überfallen und ermordet. Ihre beiden Kinder im Alter von 10 und 12 Jahren wurden schwer verletzt aufgefunden. Die beiden Leichen und die Kinder weisen schwere Kopfwunden auf, die durch die Schläge mit einer Hacke entstanden sind. Der Verdacht der Täterschaft richtet sich gegen den Schlossschloßer Sudler aus Steiermark, der bei dem Landwirt als Knecht beschäftigt war und seit dem Morde flüchtig ist.

**Ein Denkmahl für die Bobenerform in der Zehdenhauwei.** In der Nähe von Clichum wird Anfang Mai in feierlicher Weise der Grundstein zu einem Denkmahl für die Bobenerform gelegt werden. Das Denkmahl, wofür bereits 50 000 Kronen aufgebracht wurden, wird an der Stelle stehen, wo einst der Sauermausfeldt Kuttig unterdrückt wurde, und als Wahrzeichen dienen sollen, daß das Landwird durch die Bobenerform „befreit“ wurde.

### Eingefandt.

### Conderbare Berichterstattung.

Was wird geschrieben: Wenn man sich in den letzten Wochen einmal die Sportberichte des „Rebra“ anschauen kann, so muß man sagen: Rebra scheint sich zu machen. Endlich scheint auch dort der Versuch gelungen zu sein, Fußballspielen zu lernen. — Doch dieser Versuch ist doch noch sehr in den Kinderstufen stehen geblieben, wird noch Sachkundige sagen. Ober um ansonsten zu reden, müßte es heißen: Viel kann um nichts, denn Fußballspielen ist doch etwas ganz anders.

Wenn es ihnen also gelangen ist, einmal unentschieden gegen die „roten Teufel“ zu spielen, so bedeutet das noch nichts, wenn man bedenkt, was für Mitteln man diese „bedeutliche“ Tat erkämpft hat. „Ob man den Ball trifft oder das Bein des Gegners, ist im Grunde genommen egal, denn im ersten Falle ist der Ball weg, und im zweiten Falle der Gegner mehr zu verletzt, daß er kein vollwertiger Spieler mehr ist.“ Müßte dann dies alles noch nicht, so kann sich auch der Schiedsrichter noch da hin und dort ein, bei der P. S. B. alldemselben. Zahlk Mann führt an den Schiedsrichter los und versucht ihn mit allerlei bunnen Beredsamen klarzumachen, daß wenn er jetzt nicht sofort ihre Partei ergreifen würde, sie den Platz verlassen müßten. Wie lächerlich sie sich dabei vor den Zuschauer stellen können, merken sie gar nicht. Wenn sie z. B. gegen einen Spiellosen Gegner antreten, holen sie sich aus allen Himmelsgegenen sogenannte „Ergänze“ herbei, die dann angeblich bis zu 4000 Kronen waren. Treten aber einmal bei einer anderen Mannschaft „rote Teufel“ ein, dann will man, nachdem man das Spiel bereits begonnen hat, plötzlich wieder den Platz verlassen. Ja, ja, die Logik ist unsere Feindin nicht zu Lamen. — Wenn man nun aber solange geschrien hat, bis schließlich bei diesem Gegen 4 Junioren eintraten und diese dann trotzdem noch 6:4 gewinnen, kann, na was soll man dann sagen? Dann spielen plötzlich in der eigenen Mannschaft 6 Junioren mit (in Wirklichkeit nur 2 Ersatzleute) und der Gegner hat sich mit der 1. Mannschaft konfrontiert, wobei man allerdings nicht daran denkt, daß diese 1. Mannschaft an diesem Tage ein höchst mangelhaftes Bandspiel hat, ein Spiel, wo es sich um den Willen der Mannschaft in eine niedrigere Klasse handelt. Trodem verläßt man, den Refereen die Nachsicht aufzuküßeln, die 1. und 2. Mannschaft dieses Vereins wäre kombiniert angetreten, weil diesbezügliche über ihr wertloses Verbleiben in der II. Klasse vergütet werden, als es zu verurteilen, gegen eine technisch und spielerisch so hervorragende Mannschaft wie die 1. Mannschaft des P. S. B. von 1924 zu spielen (?), um der sie ja noch in die ganz gewissen Spielmomenten lernen können. — Bei diesem Spiel verlor man also 6:4.

Und wer darf daran schuld sein? Unter hochverehrter Herr Berichterstatter meint natürlich: der Schiedsrichter! Doch ich bin der Ansicht, daß wir ihn dabei nicht über nehmen dürfen. Gemäß, mein Bericht ist die Ansicht vor, ein Berichterstatter müßte objektiv sein. Aber man kann doch auch mal eine Ausnahme machen. Denn es heißt ja: „Ausnahmen bestätigen die Regel.“ Klar müßte man eigentlich einmal darüber nachdenken, was wohl die Leser denken werden, wenn es immer dann, wenn man nicht gewonnen hat, heißt, der Schiedsrichter wäre an ihrer Niederlage schuld. Ob dies den Refereen nicht allmählich auffallen wird? — Oder hätte man eventuell die Leser für so dumme? So sollt man wohl doch wohl unter Herrn Berichterstatter nicht sein! Refereen Herrn möchten wir noch folgenes mitteilen: In Sportberichten erzählt man sich, im Verlag der „Meier Zeitung“ G. m. b. H., Riel, Postleitzahl 69, solle man für den hohen Preis von 20 Reichspfennig die Fußballregeln des P. S. B. (Deutschen Fußball-Bundes) bekommen können. Ob es sich nicht einmal lohnen würde, Herr Berichterstatter, dieselben zu beschaffen und sie sich ein wenig anzusehen? Die Antwort auf diese Frage überlassen wir großmütig unserem verehrten Herrn Berichterstatter von der „Rebra“ Sportberichterstattung von 1924.“ Wir sind der festen Überzeugung, daß er den rechten Weg noch einmal finden wird. —

### Spiel und Sport.

### Rebra Sportvereinigung von 1924.

Am Sonntag findet Freundschafsspiel auf unserem Platz statt. Es spielen die Rebra Jun. gegen die Niesleben Jun. Das Spiel steht unter der Leitung des unparteiischen Schiedsrichters Böhrler, hier. Es ist wieder mit einem spannenden Kampf zu rechnen, die wohl kein Sportinteressent vermissen wird.

### Kirchliche Nachrichten.

### 5. Sonntag nach Epiphania, den 9. Februar 1930.

### Gemeindefür Reichsberufungsamt.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst im Gemeindefaal. Predigt über Sprüche 23, Vers 6.  
12 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindefaal.  
2 Uhr: Kirchengottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindefaal.  
Wittmo, abends 8 Uhr: Pfingstsonntagsfeier im Gemeindefaal.  
Predigt wurde am 6. Febr. die Witwe Marie Schaaf, geb. Zieher im Alter von 64 Jahren.



**Öffentliche Stadtverordneten-Versammlung**  
am Montag, den 10. Februar 1930, abends 8 Uhr  
im Gasthof „Weißes Roß“.

**Tagesordnung:**  
1. Bürgermeisterwahl.  
Nebra, den 6. Februar 1930.  
Der Stadtverordnetenvorsteher. M. v.

**Bekanntmachung.**

Am Sonntag, den 9. Februar d. Js., sollen die hinter den Schrebergärten liegenden Parzellen auf die Dauer von sechs Jahren öffentlich verpachtet werden.

Die Pachtzeit beginnt am 1. April 1930 und endigt am 31. März 1936.

Die Verpachtung erfolgt an Ort und Stelle. Treffpunkt: Vormittags 11 Uhr am Kugelweg. Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Nebra, den 6. Februar 1930.

Der Magistrat. J. S. Meis.

**• Schützenhaus Nebra •**  
Thüringer Operetten-Theater

Am Sonntag, den 9. Februar, abends 8 Uhr:

**Raubvögel über dem Rauneckhof**

Schauspiel in 5 Akten

nach dem gleichnamigen im Nebraer Anzeiger erscheinenden Roman. — Dramatisiert von Die. G. Hüppel.

**Eintrittspreise:** Saalplatz 0,80 Mk., Gallerie 0,50 Mk.

**Nachmittags 3 Uhr:**

**Schneewittchen und die sieben Zwerge**

Märchen in 5 Akten.

Saalplatz 0,40 Mk., Gallerie 0,30 Mk.

**Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof**

Sonntag, den 9. Februar, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr

**Rausch**

feiner

Die Liebe im Wolkenkratzer

Es ladet freundlich ein **Borgwardt.**

**Vitzenburg-Preitz.**

Sonntag, 9. Februar von nachm. 3 Uhr an:

**Preis-Stat.**

Hierzu ladet freundlich ein **Paul Henke.**



**Der historische Grossfilm**  
**Die Seelchacht am Skagerrak**

Die größte Seeschlacht aller Zeiten, wie sie wirklich war.

Mit **Begleitvortrag** durch

**Korvettenkapitän a. D. Diestel**

Teilnehmer an der Schlacht auf dem Schlachtschiffe

„Pofen“, einem der Führerschiffe der Hochseeflotte.

Nach amtlichem Material. Zeitungskritiken sehr günstig.

Außerdem läuft der Film:

**Hindenburg auf der Tannenfeier in Ostpreußen.**

Montag, d. 17. Februar, 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> u. 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im „Preuß. Hof“

Eintrittspreise: 70 Pfg., für Schüler 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> u. 80 Pfg.

Auch Jugendliche haben Zutritt!

Veranstalter: Kapitänleutnant d. R. a. D. Mumm.

**Seltene Gelegenheitskäufe**

in gebrauchten **Radio-Apparaten:**

1 **Elstree-Solodyne 5-Röhren-Neutro-Schrankapparat** 108 cm breit, 124 cm hoch, mit

blendenloser Fernschärfe und

blendenloser Klangreinheit, neuwertig. . . . . Mk. 325.—

1 **Vogel-Low-Loss 5-Röhren-Empfänger**

in gutem Zustande — mit Röhren. . . . . Mk. 100.—

1 **Dr. Seibt-4-Röhren-Empfänger**

mit Röhren. . . . . Mk. 80.—

ferner verschiedene 3-, 2- und 1-Röhrenapparate

sehr preiswert.

**Radio-Fürstmann, Rossleben**

Zur Ausführung von Strickarbeiten

aller Art, wie

Westen, Pulllover, Schals, Strümpfe usw. empfiehlt sich

**Helene Pernutz, Großwangen, Schachtanlage**

**Radf.-Bereinigung**  
Nebra und Umg.  
Heute abend  
**General-Versammlung**

im „Schützenhaus“,  
Erscheinen aller Mitgl. ist Pflicht.  
Der Vorstand.

**CHRONIK**  
VON NEBRA

Heft 1  
zum Preise von RM. 1.80  
vorhändig. Heft 2 und Folge  
sofort nach Erscheinen lieferbar.  
Walter Schatz, Nebra:

**Beste Braunschweiger**  
**Gemüse- und Früchte-Konserven**  
zu stark herabgesetzten Preisen!  
**Junge Schnittbohnen** 2-Boh. **nur 66 Pfg.**  
Beachten Sie bitte meine Anzeigen und Preise.  
**August Oelschig, Breitestraße 29**

**Auch im Jahre 1930**  
wird das  
**Miele-Rad**  
dank seiner unübertroffenen  
Güte und Preiswürdigkeit die  
bevorzugte Marke des an-  
spruchsvollen Käufers sein.  
**Fahren Sie „Miele“**  
es ist Ihr Vorteil!  
**Mielewerke A.G.**  
Gütersloh/Westfalen  
Über 2000 Angestellte und Arbeiter

**Waltersmanns**  
Stonatschirte  
**Freude am Bild**  
Freude am Wort  
dem geliebten Weihnachtsbuch „Waltersmanns“.  
In Inhalt und Gebirgsbildern die schönste  
und mit dem Gebirgsbuch von 2 Wert die größte  
Zufriedenheit bietet.  
Mit der Kolorierung Waltersmanns Monatsheft-Kalender  
ohne Erhöhung des Verkaufspreises.  
**Probieren Sie kostenlos**  
bei Entsendung dieser Kalender und 30 Pf. Porto  
Verlag von „Waltersmanns Monatshefte“, Braunschweig

**Aufklärung an den Mittelstand!**  
Die sicherste Anlage für Spareinlagen ist das  
**Sparbuch**  
bei einer mündelsicheren öffentlichen Sparkasse.  
Wer RM. 84.— auf ein Sparbuch einzahlt,  
erhält nach 3 Jahren RM. 104,35.  
Bei Höchstverzinsung erhöht sich noch der Gewinn.  
Die Spareinlagen  
fließen in Form von billigen kleinen und kleinsten Darlehen  
an den um seine Existenz schwer ringenden  
**Mittelstand.**  
Sparer, denkt an die örtliche Notlage!  
Unterstützt durch Ihre Einlagen bei uns  
die heimische Wirtschaft!  
**Stadtparkasse Nebra.**

**Vorteilhaft für Jedermann**  
ist die Errichtung eines Sparkontos. Es ermöglicht die  
Einzahlung von vorübergehend entbehrlichen Geldern auf  
tägliche Rückforderung oder die Einlage jeden Betrages  
gegen Kündigung zu den günstigsten Zinssätzen.  
**BANKVEREIN ARTERN** Sprüngers, Büchner & Co., **Abtlg. NEBRA a. U.**  
Kom.-Ges. auf Aktien  
— Gegründet 1862 —

**Wetzendorf**  
Sonntag, den 9. Februar, von nachm 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr ab  
**Preisskat.**  
Ihm rege Beteiligung bietet **Schöneburg.**  
**Alle**  
Rundfunk-Zeitungen  
sowie das  
Rundfunk-Jahrbuch  
für 1930 beziehen Sie  
vorteilhaft von Buchhandlung  
Walter Schatz, Nebra

**Frische Luft**  
stärkt Ihre Lunge. Beim Sport,  
auf Reisen oder Wanderungen er-  
fordert Ihre Gesundheit Schutz und  
Pflege. Sie kräftigen Hals und  
Atemwege durch ständigen Ge-  
brauch von Kaiser's Brust-Caramellen,  
die als sicher und schnell wirk-  
kendes Mittel bei Husten und Ka-  
tarrh Wertvoll besitzen. Mehr als  
18.000 Zeugnisse.  
Bottel 40 Pfg. Dose 50 Pfg.  
Gebräuchen Sie stets  
**Kaiser's**  
Brust-Caramellen  
mit den 3 Tannen  
zu haben bei: Adler-Dragerie  
W. Gutschalks, Nebra;  
Aug. Oelschig, Nebra  
und in allen Apotheken.

**N. S. V. 24**  
Sportplatz unterhalb der  
Altenburg  
Sonntag, den 9. Febr. 1930  
**Fußball-**  
**Freundschaftsspiel**  
N. S. V. 24 / Eintr. Nohleben  
Junioren  
Anstoß 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

**Sopffhoner**  
(tief und flach) in allen  
Größen liefert  
**R. Barthel.**  
**Vergillose**  
**Bonbons**  
fein  
**Hoffen**  
Heiserkeit  
Bronchialkatarrh.  
In allen Apotheken  
und Drogerien erhältlich.

**Der oberchlesische**  
**Wanderer**  
Verlag: Gleiwitz — Gegründet: 1828  
  
Bei weitem verbreitetste  
Tageszeitung Oberchlesiens  
Erlangreiches Anzeigenblatt

**Dank**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme  
sowie für die überaus reichen Kranzsenden  
beim Heimzuge unserer lieben Mutter, der  
verw. Bahnvorsteherin **Frau Marie Schaaß**  
sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.  
Besonderen Dank Herrn Pastor Hoyer für seine  
tröstlichen Worte am Grabe, sowie Herrn Dr.  
med. Schmiedehausen und Schwester Johanna  
für ihre Aufopferung während ihres Leidens.  
Ferner danken wir dem Eisenbahner-Verein  
für das freiwillige Hintragen und allen denen,  
die sie zur letzten Ruhe geleiteten.  
Nebra a. U., den 6. Januar 1930.  
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:  
**Frl. Marie Schaaß.**

# Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrä

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
 Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.50 RM.

Schriftleitung: Bülh. Sauer in Koblentz.  
 Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
 Geschäftsstelle in Nebrä: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
 Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Vorkassentonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen sollen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklametext 20 Pf., Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
 Bankkonten: Stadtpostkasse Nebrä — Bankverein Aitern.

№ 17

Sonnabend, den 8. Februar 1930

43. Jahrgang

## Youngplan im Reichsrat der Reichsrat.

Die „Vorteile“ des Neuen Plans.  
 Berlin, 6. Februar.  
 Die Vollziehung des Reichsrats beschließt sich mit den Ergebnissen der Haager Konferenz. Der Generalbericht, erläutert, Ministerialdirektor Dr. Brest, stellte fest, daß der Durchschnittswert der Annuitäten nach dem Neuen Plan einschließlich der Zahlungen für die Vereinigten Staaten ohne die Dawesanleihe für die ersten 37 Jahre 1922,7 Millionen (für die ganze Zeit 1807 Millionen) betrage, also mit der Dawesanleihe etwas unter 2 Milliarden Mark.  
 Die Entlastung für 1929 betrage, wenn man die Zahlungen an Belgien und den einmaligen Beitrag für die Kommission berücksichtigt, 618,3 Millionen Mark, für 1930 665,1 Millionen Mark, und der Gegenwertwert der ganzen Reparationsschuld betrage sich auf rund 34 Milliarden Mark zu 5,5 Prozent. Diese Zahlungsart sei richtig. Man könne nicht statt dessen die Annuitäten einfach abdrücken und legen, daß unsere Schuld 100 Milliarden betrage. Die jetzige Bemessung der Gesamtsumme auf rund 34 Milliarden Gegenwertwert erweise, bei weiterer unangünstiger Wirtschaftsentwicklung neue Verhandlungen herbeizuführen, driften die faillitropen wirtschaftlichen Folgen einer Ablehnung, wiewohl der Fortfall der Finanzkontrolle, hätten die Ausschüsse veranlaßt, trotz der ungeheuren Gesamtschuld die Zustimmung zu dem Abkommen zu empfehlen. Die Ausschüsse hätten sich ferner davon überzeugt, daß nach dem neuen Abkommen die Sanctionsklausel des Versailles Vertrags hinsichtlich der Reichsbahn und Reichsbank würden jetzt rein deutsche Unternehmungen mit rein deutschen Vorständen und Verwaltungen sein.  
 Für die bayerische Staatsregierung bedauerlich der bayerische Ministerpräsident Held,  
 daß im Ausschub der bayerische Verlagsantrag abgelehnt worden sei. Die Forderung des Reiches, der Länder und Gemeinden teils einer Sanctionsklausel zu. Ohne eine vorherige Sanierung sei es unmöglich, das Haager Abkommen zu erfüllen. Ueberdies sei das Abkommen wiederum auf der Kriegsschuldlage  
 aufgebaut. Eine Zustimmung zum Haager Abkommen wäre nicht zu erwarten, wenn nicht im gleichen Maße die wesentlichen Vorteile für eine innere Sanierung der öffentlichen Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden getroffen sei.  
 Reichsaussenminister Dr. Curtius  
 wandte sich gegen die Bemerkung des Vorredners, daß das neue Abkommen auf der Kriegsschuldlage aufgebaut sei. Dazu habe er zu erklären:  
 Erstens habe die gegenwärtige Reichsregierung wie alle anderen Regierungen gegen das Kriegsschuldverhältnis den bestmöglichen Einfluß zu bringen; zweitens hätte die deutsche Regierung niemals einen Vertrag vertreten, der die Anerkennung dieses Kriegsschuldverhältnisses in sich geschlossen hätte.  
 Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer  
 verwies auf seine letzte Reichstagsrede über die ernstlichen Bemühungen der Reichsregierung, schleunigst die Reichsschulden zu sanieren und eine durchgreifende Reichsfinanzreform vorzubereiten. Die Arbeiten seien so weit gefördert, daß heute das Reichsministerium sich mit seinen Vorläufern zum Haushalts 1930 beschäftigen werde. Ende nächster Woche werde er mit den Finanzministern der Länder beraten, vor allem über die Beteiligung der Reichsbahn.

## Die Abstimmung.

Bei der dann folgenden Abstimmung über das Haager Abkommen wurde der neue Plan mit 4 gegen 6 Stimmen (Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Niederschlesien und Pommern) und bei 12 Enthaltungen (Bayern und Mecklenburg-Schwerin) angenommen.

## Beseitigung der Sanctionsbestimmungen.

Eine Stellungnahme der Reichsregierung.  
 Berlin, 7. Februar.  
 Angesichts der gegenwärtigen Erörterungen über die Sanctionsfrage nimmt die Reichsregierung selbst zu den Haager Sanctionsverhandlungen in der

## Denkschrift zu dem Geleitentwurf über die Haager Konferenz.

Stellung. In dieser Denkschrift wird u. a. ausgeführt: „Es handelt sich bei dem Haager Abkommen nicht um einen Vertrag, der einen bestimmten Fragenkomplex zum ersten Male regelt.  
 Vielmehr war es die Aufgabe des Abkommens, eine in Kraft befindliche frühere Regelung zu ändern, die positive Sanctionsbestimmungen enthält.  
 Die im Haager Abkommen selbst und in dem ersten Teil der Erklärungen getroffenen Feststellungen enthielten noch eine Lücke, die wenigstens vom prinzipiellen Standpunkt aus bedenklich war. Es erhob sich nämlich die Frage, ob nicht die Gegenstände eines Tages mit der Behauptung hervorzuhalten außerhalb des Neuen Plans gestellt habe, daß es sich infolgedessen nicht mehr auf  
 die besonderen Regeln und Verschärfungen dieses Planes berufen könne und daß automatisch die früheren Vertragsbestimmungen wiederzukämen. Sollte das Sanctionsproblem von Grund aus gelöst werden, so müßte auch gegenüber einer solchen Möglichkeit Sicherungen geschaffen werden. Das konnte nicht anders geschehen als dadurch, daß die Voraussetzungen, unter denen man wirklich von einer Beendigung des ganzen Regimes des Neuen Plans sprechen dürfte, klar definiert wurden, daß ferner die Frage, ob diese Voraussetzungen vorliegen oder nicht, der Entscheidung einer unparteiischen Instanz übertragen wurde.“

## Gemeinsames Vorgehen der Mächte.

Hätte man verstanden wollen, ausdrücklich festzustellen, daß die Gläubigermächte oder wenigstens die Hauptgläubigermächte von der Handlungsfreiheit nur gemeinsam Gebrauch machen dürften, so hätte sich die Notwendigkeit ergeben, über die Beibehaltung einer Urteilsbestimmung anzugehen, über den Fall der Nichtübereinstimmung genauer Bestimmungen zu verhandeln.  
 Mit Bestimmungen solcher Art hätte man sich, wenigstens im Prinzip, doch wieder dem alten Sanctionsregime genähert.

Auch der Gehalts, die Anrufung des Gerichtshofes selbst nur der Gesamtheit der Gläubigermächte oder der Hauptgläubigermächte zu gestatten, ließ sich nicht verwirklichen. Einmal würde es auch bei einem Verträge, an dem auf der einen Seite eine Mehrheit von Mächten beteiligt ist, nicht dem Willen eines internationalen Rechtsverfahrens entsprechen, die Einleitung eines solchen Verfahrens an einer gemeinsamen Mehrheit dieser Mehrheit von Mächten zu binden. So ist auch die Anrufung des Schiedsgerichtes des Neuen Plans, wie in Ziffer 66 des Berichtes der Sachverständigen ausdrücklich betont wird, einer einzelnen Gläubigermacht gestattet.

## Wahlgang des Reichsbank- und des Reichsbahnangeleges.

Im weiteren Verlauf der Reichsratsitzung wurde das Reichsbankgesetz angenommen, und zwar mit einem Antrag der Stadt Berlin, wonach Schuldverschreibungen inländischer kommunaler Körperschaften ebenso behandelt werden sollen wie die des Reiches oder die der Länder. Der Antrag Berlin wird mit 38 gegen 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Reichsaussenminister Dr. Curtius erklärt, daß sich die Reichsregierung in diesem Punkte eine Doppelvorlage vorbehalten. Das Reichsbankgesetz wird dann mit der dazu beantragten Entschließung in einfacher Abstimmung angenommen.  
 Ohne Aussprache wird dann auch das Reichsbahngesetz mit Mehrheit angenommen, ebenso das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen.  
 Auch das Polenabkommen angenommen.  
 Freiherr von Gausl erklärte, das deutsch-polnische Abkommen sei für die Vertreter des deutschen Ostens unannehmbar. Ueber dieses Abkommen sollte daher gehandelt abgestimmt werden.  
 Reichsaussenminister Dr. Curtius  
 betonte, für die Reichsregierung würde eine Ablehnung des deutsch-polnischen Abkommens unannehmbar sein.  
 Ein sprecherlicher Antrag auf Streichung des deutsch-polnischen Abkommens aus dem Geleit wird abgelehnt, und zwar mit 37 gegen 21 Stimmen bei 8 Enthaltungen.  
 Gegen das deutsch-polnische Abkommen stimmten Ostpreußen, Posen-Westpreußen, Brandenburg, Ober- und Niederschlesien, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinprovinz, Bayern und Mecklenburg-Schwerin. Enthaltungen haben sich Württemberg, Thüringen, Bremen und Oldenburg.

## Die unänderte Verhandlungsfrage wurde mit 43 gegen 12 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

## In London: Die Schlichtungsfrage.

Amerikanisch-englische Verständigung.  
 London, 6. Februar.  
 Die Vereinigten Staaten und England sind übereingekommen, im Bau der Großkampfschiffe eine Pause von zehn Jahren eintreten zu lassen und die Zahl dieser Schiffe auf 15 zu begrenzen, unter der Voraussetzung, daß das Washingtoner Abkommen auf weitere fünf Jahre, bis Ende 1936, verlängert wird. Diese Verständigung soll auf der Konferenz erst bei Beratung der Schlichtungsfrage allen Vertretern vorgelegt werden.  
 Der japanische Vertreter sei jedoch bereits verständigt worden. Man erwarde, daß Japan eher bereit sein wird, sofort ein Kampfschiff zu streichen, als bis 1936 zu warten. Amerikaner und Engländer verhielten weiter eine Einschätzung der U-Boot-Waffe zu erreichen an Stelle der Abschaffung und, wie vermeldet, die Tonnage für die Klasse auf 100 000 Tonnen zu begrenzen, während Frankreich 124 000 Tonnen fordert.  
 Kritische Lage der Flotten-Konferenz.  
 In den Berichten der Morgenblätter über die Verhandlungen der Flottenkonferenz wird jumeist nur der äußere Verlauf der Dinge mitgeteilt. Nur in einigen wenigen Ausnahmen wird an heiklere Fragen gerührt. Der „Daily Herald“ stellt fest, daß sich zum ersten Male eine neue Front  
 abgezeichnet habe, bei der Frankreich und Italien gegen England und Amerika stünden, während sich Japan völlig neutral verhalte. Auf der anderen Seite glaubt der „Daily Herald“ sagen zu können, daß die Frage der französisch-italienischen Gleichheit nicht mehr so unlösbar erscheine wie bisher.  
 Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ läßt sich im Gegenzug dazu, daß die Sitzung in völliger Verwirrung endete und einen toten Punkt der Konferenz nahekommen sei. Nach dem Blatt wird aller Voraussicht nach Amerika in dem nun langsam beginnenden Kampf um Zahlen den Anfang machen und Vorschläge oder einen festen Plan für die wirksamste Methode in dieser Hinsicht unterbreiten.

## Schober in Rom.

Rom, 6. Februar.  
 Der Bundeskanzler hat, was über Italien nicht ein Nachbarland  
 Reich  
 geunden. Italien  
 Reichs  
 merer  
 dem Empfang  
 sich darüber,  
 worden ist.  
 Reich  
 Schober  
 Ebenso wie die  
 sich unmittelbar  
 möglicher Art für  
 hat, sind große  
 langem darauf  
 sich nach allen  
 in Südwesteuropa  
 diesen Punkten  
 gegen Belgien  
 reich ist darum  
 als fast zu Rom  
 in letzter Zeit sehr  
 bemerkbare Annäherung zwischen Wien und Budapest  
 wird darum in Rom nur begrüßt.  
 Oesterreich kann nur eine Politik des Ausgleichs und des guten Einvernehmens nach allen Seiten hin treiben und gerade wer in Deutschland die immer engere Verbindung des Bundesvolkes mit dem Reich wünscht, wird es begrüßen, wenn dieses Oesterreich sich wieder eine Stellung zu erlangen vermag, die einen wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau und Wiedereaufstieg ermöglichen kann. Neutralität in freundschaftlichem Geiste schließt in die engere Verbindung zwischen Wien und Berlin nicht aus.  
 Zwischen Wien und Rom liegt Bozen, Südtirol.  
 Wenn die Verhandlungen aus Wien zutreffen, will Schober mit aller Vorlicht, aber doch mit gebotener Deutlichkeit darüber aufmerksam machen, daß für die Entwidlung der deutsch-italienischen Freundschaft die Stellung Italiens zu Südtirol nicht gleichgültig ist.  
 Vielleicht, daß es möglich ist, einen Modus zu finden, des Bundesvolkes nun einmal gegebene Solidarität und bei gewordenen Verhältnissen liefert, daß aber dafür das

